

zu TOP ..... 19

Aktz.: 2 66 03 10 A60 2 1

**Anfrage Nr. 0865/2008 der Stadtratsfraktion ödp + Freie Wähler zur Sitzung des Stadtrates am 03.09.2008**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. **Wie bewertet die Verwaltung solche Projekte als PPP-Modell im Hinblick auf ihre finanziellen Vor- und Nachteile? Welche Kosten kommen durch die Vorfinanzierung durch private Investoren dabei langfristig auf die Steuerzahler zu?**
2. **Welche Erfahrungen gibt es beim PPP-Modell im Hinblick auf die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen, wie beispielsweise den Bau von Tunneln oder Lärmschutzwällen, im Vergleich zu anderen durch die öffentliche Hand finanzierten Ausbaumaßnahmen von Autobahnen? Wird hier ggf. bei PPP-Modellen am Lärmschutz gespart?**

Die städtische Verkehrsverwaltung hatte bislang noch keine Möglichkeiten, Erfahrungen hinsichtlich einer Public Private Partnership sammeln zu können. Daher kann zu den Fragen keine Antwort erfolgen. Ich habe die Verkehrsverwaltung beauftragt, diese Fragestellung dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau mit der Bitte um Stellungnahme vorzulegen. Sobald diese vorliegt, werde ich die Stadtratsfraktionen unverzüglich über den Inhalt informieren.

3. **Da bisher keine konkreten Pläne vorliegen, fragen wir an, welche Maßnahmen für den Lärmschutz (für Marienborn, Finthen, Gonsenheim, Mombach) die Verwaltung in den sicherlich bevorstehenden Gesprächen forciert, um die Menschen entlang der A 60 und A 643 vor dem Autobahnlärm zu schützen. Bitte teilen Sie uns Ihre Überlegungen für die beiden Autobahnabschnitte mit.**
5. **Wie stellt sich die derzeitige planerische Situation dar?**

In den zuständigen städtischen Ausschüssen wurde bereits eine Studie für den Ausbau der Bundesautobahn 643 sowie den Neubau der Schiersteiner Brücke vorgestellt, in der auch der Lärmschutz enthalten ist. Die übrigen Abschnitte für Mainz-Marienborn liegen noch nicht vor. Sobald das Land Rheinland-Pfalz hier Planfeststellungen erarbeitet hat, wird die Stadt Mainz einbezogen. Ich gehe davon aus, dass es sich bei dem Umbau um eine wesentliche Änderung handelt, so dass auch hier der Lärmschutz sichergestellt werden muss.

